

Deutschlands Atommüll-Lager viel riskanter als bisher von EON und Staat eingestanden?

Heimlich wurde der Bau neuer Schutzwände
um das Zwischenlager des AKW Gundremmingen
vorbereitet!

Was geschieht in Niederaichbach?

**In aller Heimlichkeit bereiteten die Betreiber des Atommüll-Lagers
Gundremmingen den Bau von rund 10 Meter hohen und 1 Meter starken
Schutzwänden um das dortige Zwischenlager vor.**

**Die Terrorgefahr wird jetzt offenbar höher und realistischer eingeschätzt
als noch vor sechs Jahren.**

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte meine im Jahr 2006 in dem
Klageverfahren um mehr Sicherheit bei den sogenannten Standort-
Zwischenlagern vorgebrachten Argumente, dass diese dünn gebauten
Zwischenlagerhallen keinen ausreichenden Schutz gegen Terrorangriffe bieten,
zurückgewiesen.

Auch das Bundesverfassungsgericht erkannte nicht, dass diese Atommüll-
Lagerung die Gesundheit und das Leben der Menschen im Umkreis von bis weit
über 100 Kilometern gefährdet und damit unsere durch die Verfassung
garantierten Rechte verletzt.

Im Niederaichbacher Zwischenlager ist das Abstellen von 152 Castoren für 40
Jahre genehmigt. In jedem einzelnen Castor ist etwa so viel langdauernde
Radioaktivität wie in Tschernobyl insgesamt frei gesetzt wurde.

Offenbar haben die Behörden jetzt neue Erkenntnisse und Einsichten, die sogar sie zum Handeln veranlassen. Der Gundremminger Gemeinderat hat gerade baurechtlich zugestimmt. Nach den neuen Erkenntnissen über drohende Gefahren wurde dem Vernehmen nach nicht gefragt. Das AKW selber, das sonst jeden gestifteten PC per Pressemeldung mitteilt, schweigt.

Vor den Toren unserer Stadt lagert nicht nur hochradioaktiver Atommüll in den Castoren des Atommüll-Zwischenlagers. Hinzu kommen die Inhalte der beiden bestückten Reaktoren Isar 1 und Isar 2 und vor allem die hochradioaktive Spaltelemente in den relativ ungeschützten Abklingbecken.

Ein konkretes und extremes Gefahrenpotential!

Wogegen soll die 10 Meter hohe und 1 Meter dicke Betonmauer um ein 18 m hohes Zwischenlager schützen? Das Gebäude wäre auch weiterhin gegen Einwirkungen von oben schutzlos. Wieso werden keine Schleusen und Filteranlagen für die Abluft nachgerüstet?

Ich fordere daher, wie bereits 2006, die schnellstmögliche maximale Sicherung des vorhandenen Atommülls in den Zwischenlagern und Abklingbecken.

Wäre man meiner Forderung bereits vor dem Bau der unverantwortbaren Zwischenlager dazu übergegangen, die neuesten Erkenntnisse im Schutzraumbau, der Waffentechnik, sowie der Terror- und Unfallszenarien gemäß ein nach menschlichem Ermessen sicheres Langzeit-Zwischenlager zu errichten, bedürfte es jetzt nicht überstürzter und unzureichender Nachbesserungen.

Landshut, 11. Januar 2012

Rudolf Schnur

Stadtrat und einziger Landshuter Kläger gegen das Zwischenlager in Niederaichbach

Wider das Zwischenlager 8.10.03

Stadtrat Rudolf Schnur klagt als Privatperson, die Stadt darf nicht

Ein Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadträtin Dr. Dagmar Kaindl steht am Freitag auf der Tagesordnung im Stadtratsplenum. Er behandelt die Möglichkeit, als Stadt gegen ein geplantes Brennelemente-Zwischenlager bei den Atomkraftwerken Isar I und II zu klagen. Kaindl befürchtet, dass aus dem geplanten „gesundheitgefährdendem“ Zwischenlager ein Endlager wird. Sie fordert, die Stadt möge sich an einer Klage gegen das Zwischenlager beteiligen oder klagebefugte Gemeinden „unterstützen, um ein deutliches Zeichen zu setzen“. Währenddessen hat CSU-Stadtrat Rudolf Schnur beschlossen, als Privatperson gegen das geplante Zwischenlager zu klagen.

Kaindl erinnert in ihrem Antrag an die einhellige Ablehnung, auf die das Projekt unter einheimischen Politikern erfahren habe. Sie zitiert beispielsweise den Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, der in einem Zeitungsbericht mit der Aussage zitiert wird, „fest entschlossen“ zu sein, „alles zu tun, damit in Bayern keine Zwischenlager an den

Kernkraftwerken gebaut werden können“. Weiter erinnert sie an einen Appell von Oberbürgermeister Josef Deimer vom September 2001 an die Atomkraftwerks-Betreiber, den Bauauftrag für das Zwischenlager zurückzuziehen, und an einen Plenums-Beschluss vom Juli gleichen Jahres, in dem es dezidiert heißt: „Die Stadt wird sich gegen ein derzeit geplantes Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente wenden.“ Kaindl fordert nun, es mit derlei Statements nicht bewenden zu lassen und eine Klagemöglichkeit zumindest ernsthaft zu prüfen.

Allerdings sind die Chancen, als Stadt erfolgreich gegen das Zwischenlager vorzugehen, mehr als gering. Das hatte Rechtsdirektor Erwin Hoffmann schon bei der jüngsten Sitzung des Umweltsenats klar gemacht und gestern gegenüber der *Landshuter Zeitung* bestätigt. Die Stadt habe keine Klagebefugnis. Hoffmann gegenüber dem Umweltsenat: „Wir haben bisher noch nie den Fuß in ein atomrechtliches Verfahren bekommen.“

Nach Informationen der LZ hat

Kaindl wegen ihres Antrags in der Fraktion deutlichen Gegenwind erfahren. Die CSU-Stadträte Rudolf Schnur und Rosemarie Schwenkert haben ihren Antrag, als Stadt klagende Personen zu unterstützen, wenn man schon nicht selbst klagen könne, gestern zurückgezogen. Ein solches Vorgehen sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, wie Schnur gestern gegenüber der LZ erklärte: „Die Stadt darf einen privaten Kläger nicht unterstützen, weil das das Verbot einer Verbandsklage umgehen würde.“ Schnurs Lösung: Er klagt jetzt selbst. Das kann er, weil er zu den Einwendern gegen das Zwischenlager gehört.

Unklar ist, ob der Kaindl-Antrag im öffentlichen oder nicht-öffentlichen Teil des Plenums behandelt wird. Laut Aussage von Hauptamtsleiter Andreas Bohmeyer wird die Diskussion aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht-öffentlich sein, weil auch über klagende Privatpersonen gesprochen werden könnte. Dr. Dagmar Kaindl will allerdings eine öffentliche Diskussion erreichen. -ch-

29.10.03

Atomares Zwischenlager: Rudi Schnur wehrt sich!

CSU-Stadtrat klagt gegen „Bella“ – der GaU e.V. richtet ein Spendenkonto ein

Von Michael Stolzenberg

Nach wie vor erhitzt das geplante atomare Zwischenlager („Bella“) am Standort der beiden Kernkraftwerke Isar I und II vor den Toren Landshuts die Gemüter – erst recht, seit das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die atomrechtliche Genehmigung für das umstrittene Projekt erteilt hat. Seit wenigen Tagen steht nun fest: Es wird eine Klage geben gegen das atomare Zwischenlager – von CSU-Stadtrat Rudi Schnur, juristisch flankiert von seinem Fraktionskollegen Tilman von Kuopach, seines Zeichens Rechtsanwalt.

Die Klage gegen „Bella“ ist eine komplizierte Angelegenheit, bei der die Probleme bereits bei der Frage beginnen, wer überhaupt berechtigt ist, Klage zu erheben gegen das Zwischenlager. Klar ist: Eine juristische Person (z.B. ein Verein) oder eine Gebietskörperschaft (etwa die Stadt) sind es jedenfalls nicht. Und von den so genannten „natürlichen“ Personen kommen auch nur jene in Frage, die bereits im Vorverfahren 2001 Einwendungen in schriftlicher Form erhoben haben.

Eine dieser Personen ist Stadtrat Schnur, und der hat über seinen Anwalt Kuopach beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) beantragt, die vom Bundesamt für Strahlenschutz erteilte Genehmigung des atomaren Zwischenlagers in Niederaichbach aufzuheben.



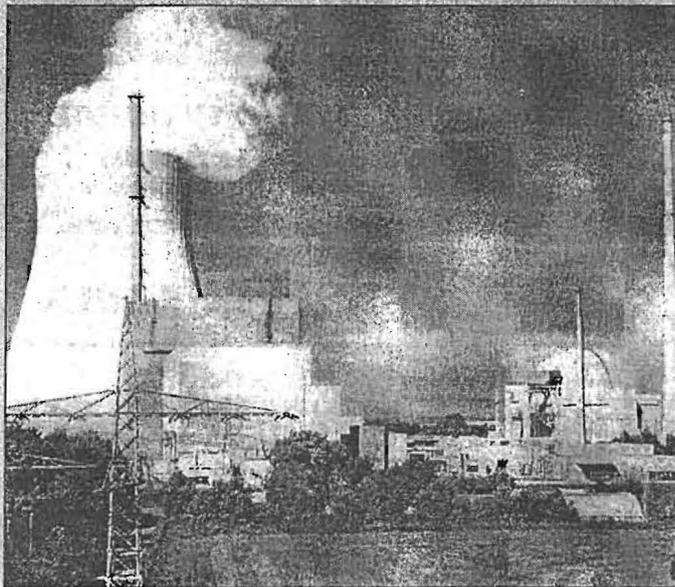
Kläger Rudi Schnur.

In der Begründung der Klage („in Sachen Rudolf Schnur gegen Bundesrepublik Deutschland“) heißt es, der Kläger sei durch die Genehmigung „unmittelbar in seinen grundgesetzlich geschützten Rechten betroffen“.

Das „Gefahrenpotenzial durch den Betrieb des Zwischenlagers“ sei „nicht ansatz-

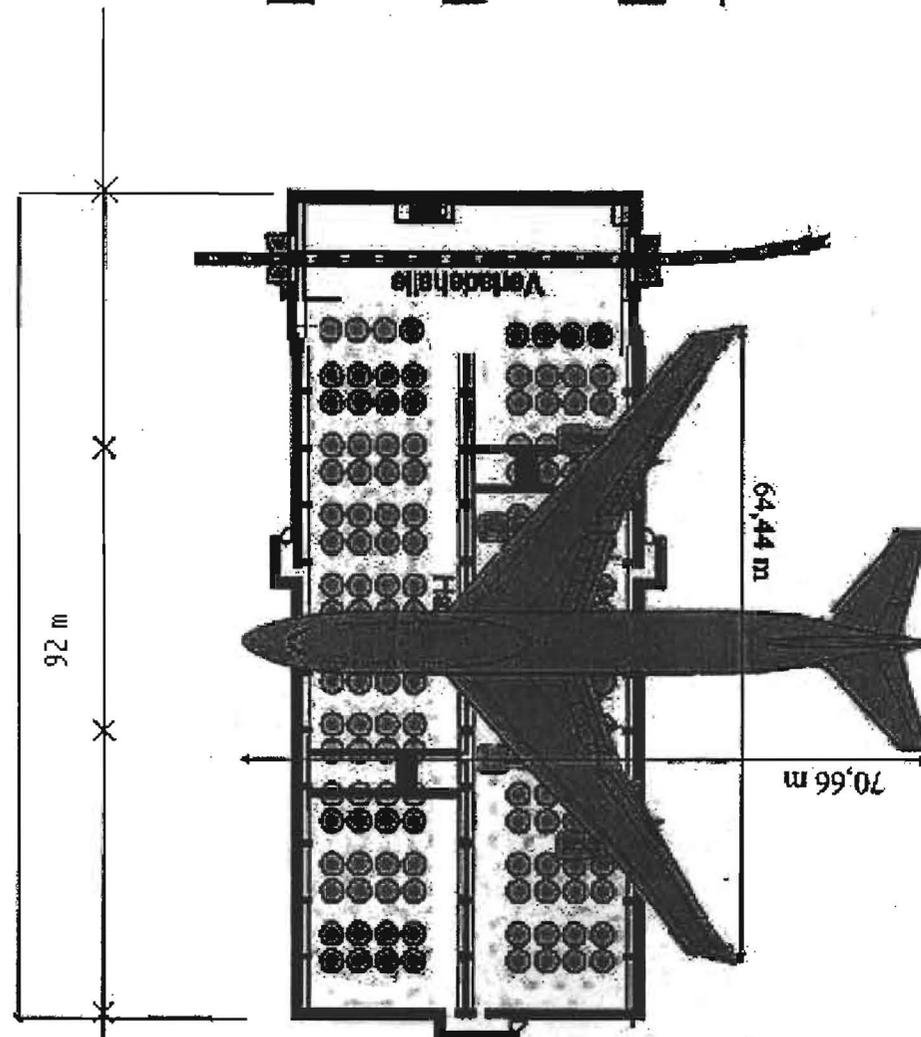
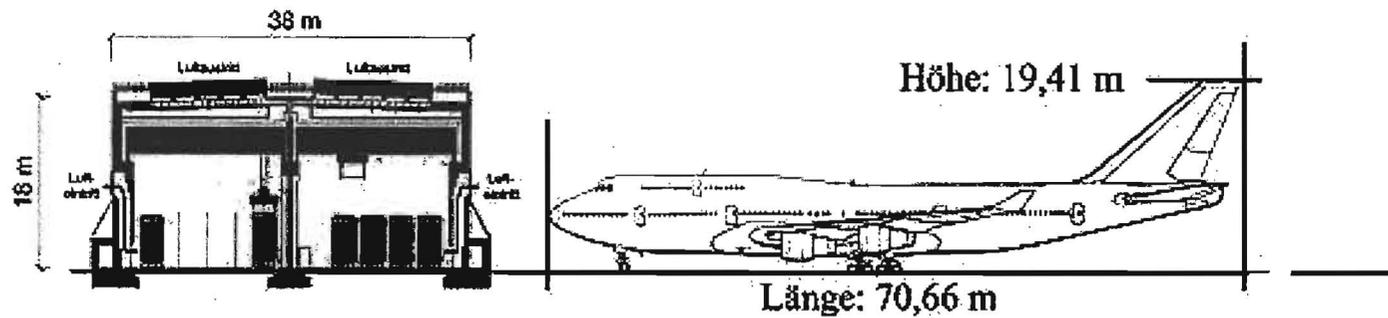
weise auf terroristische Angriffe oder die Sicherheit der Castor-Behälter hin überprüft“ worden. Durch den geplanten Betrieb von „Bella“ über 40 Jahre beim gleichzeitigen Fehlen der Konzeption für ein Endlager werde „faktisch das Zwischenlager Niederaichbach zum Endlager, ohne dass dafür auf Dauer die Sicherheit des Endlagers gewährleistet ist“.

Unterdessen hat im Zusammenhang mit der Klage gegen das atomare Zwischenlager der Landshuter GaU e.V. ein Spendenkonto eingerichtet – und zwar bei der hiesigen Niederlassung der Oberbank (Konto 1051106332, BLZ 70120700). Die Oberbank wurde nach Angaben des GaU e.V. deswegen ausgewählt, „weil sie eine der wenigen Banken in unserem Raum ist, die keine Bankverbindungen mit dem Kernkraftwerksbetreiber e.on unterhält, und die Anonymität der Spender so am ehesten gesichert ist“.



Wird auf dem Gelände des Niederaichbacher Kernkraftparks auch noch ein atomares Zwischenlager errichtet?

Boing 747-400 maßstabgerecht neben und über dem
beantragten Atommüll-Lager in Niederaichbach bei Landshut

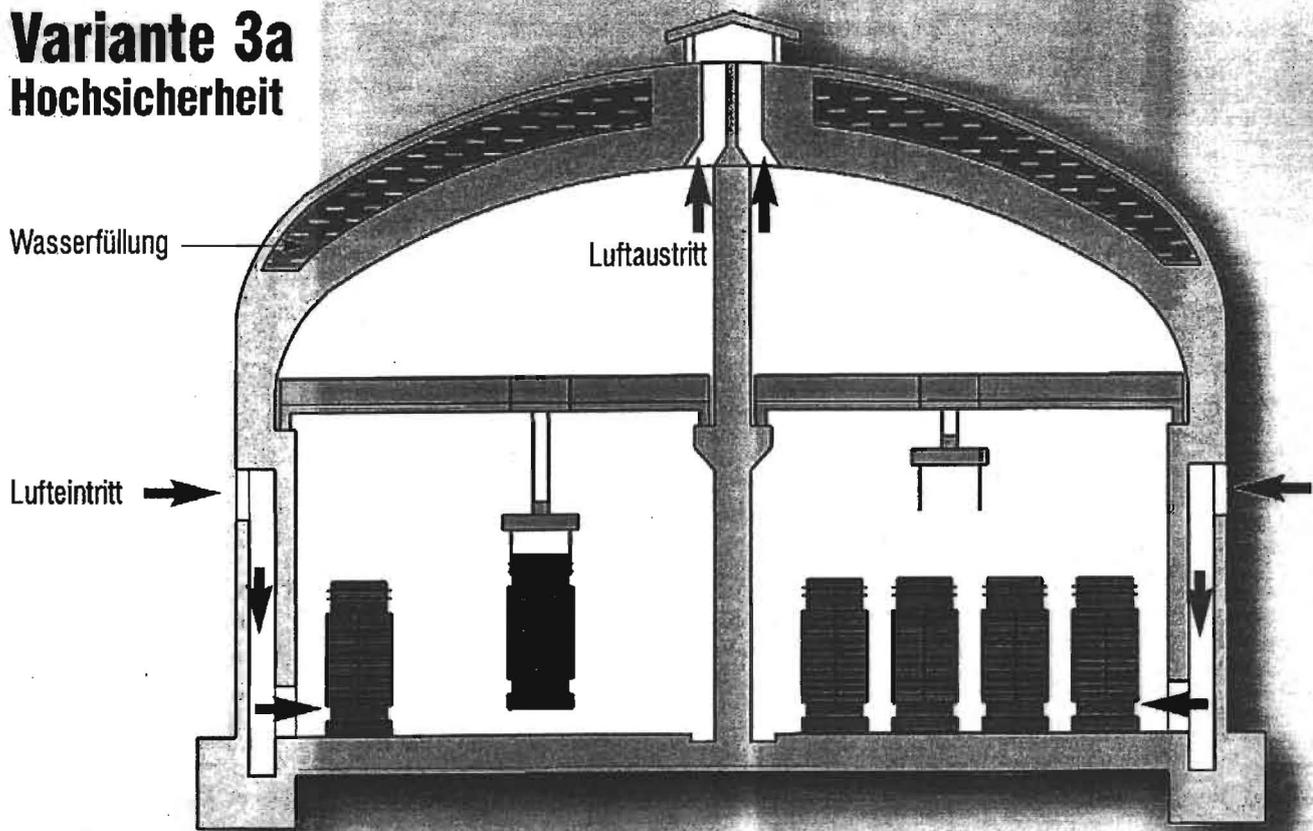


Boeing 747-400

Max. Tankkapazität	216820 Liter
Max. Startgewicht	362,874 Tonnen
Max. Landegewicht	285,763 Tonnen
Einsatz-Leergewicht	180,892 Tonnen

Brennelemente-Zwischenlager

Variante 3a Hochsicherheit



Variante 3b Hochsicherheit

